

AUS DEM INHALT:

Der Krieg im Nahen Osten – ein Schritt näher zum dritten Weltkrieg

Die Arbeiterklasse interveniert noch nicht

Seite 1

Labour macht den Vorturner für die SPD!

Seite 3

Die Gewerkschaften in der Sackgasse

Seite 4

Noch einmal: Zur Formierung der Linken

Über Sektiererei und anderes

Seite 6

Die Zinsfreigabe

Seite 8

Die „Freiheit“ der „Freien Universität“

Seite 9

1919 oder 1967?

Seite 10

Arbeiterpolitik

Informationsbriefe der Bremer Gruppe

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Fritz Stein, 28 Bremen, Lohmannstraße 96 (Konten: Sparkasse in Bremen, Konto-Nr. 85292; Postscheckkonto Hamburg 3091 53).

Druck: Sturm Druck, Bremen, Segelsbrück 29

Waffenstillstand mit Israel bereit erklärt hat, erklären sich Ägypten und die anderen arabischen Staaten nicht zum Waffenstillstand bereit.

Am 5. Tag hat Nasser kapituliert und seinen Rücktritt öffentlich erklärt. Damit dürften die militärischen Auseinandersetzungen zwischen Ägypten und Israel abgeschlossen sein. Weder die Israelis noch die Araber können den Kampf wieder aufnehmen, den die Israelis und Araber als Satelliten der beiden Weltmächte, der USA oder der SU, geführt haben. Die Hilfsorganisation (Cento), die die Vereinigten Staaten gegen den russischen Einfluß führten, ist nicht in Aktion getreten. Im Widerstreit der verschiedenen Interessen der in der CENTO erfaßten Satelliten des amerikanischen Imperialismus, zersetzte diese Hilfsaktion der Amerikaner unter dem verstärkten Einfluß, den die SU im Nahen Osten gewann. Die SU nützte die Differenz der amerikanischen Imperialisten mit den Ägyptern aus, als diese sich weigerten, zugesagte Hilfgelder zum Bau der Nilsperrn von weiteren Konzessionen abhängig zu machen. Hier setzte die Diplomatie der SU ein. Sie übernahm die Kosten für den Bau der Nilsperrn und des Assuan-Dammes und schickte die erforderlichen Techniker und Handwerker. Die SU lieferte Ägypten und den Arabern, die sich Nasser anschlossen, Waffen und Munition. Nasser hat vorher und bis zuletzt die Kommunisten eingesperrt, die sich mit seinem „Sozialismus“ nicht zufrieden gaben. Die SU hat die Hilfgelder und Waffen nicht wegen Nassers Sozialismus gegeben, sondern um den Einfluß des amerikanischen Imperialismus in Ägypten durch seinen Einfluß auszuschalten. Die Hilfgelder der SU für Nasser und seinen Anhang dürften 10 Milliarden Mark erreichen. Im Irak und Syrien verfolgte die SU mit Hilfe Nassers dieselbe Politik. Syrien hat die Zusage der SU für Gelder und Hilfskräfte zum Bau von Flußregulierungen erhalten. Auch im Irak ist der Einfluß der sowjetrussischen Diplomatie gestärkt worden. Der Verfall der CENTO war durch diese Diplomatie und materiellen Leistungen ermöglicht worden.

Es sind Maßnahmen des Kampfes um Einflüsse im Nahen Osten im jetzigen Stadium der Weltpolitik, um Satelliten zwischen dem amerikanischen Imperialismus und der SU. Mit dem entscheidenden Sieg der Israelis und der entscheidenden Niederlage der Araber ist diese Phase beendet. Jetzt müssen die USA und die SU den Kampf direkt weiterführen. Da die Israeliten für die USA keine weiteren entscheidenden Dienste leisten können, werden jetzt die USA die Israeliten in Schranken halten, um die Araber dem russischen Einfluß abspenstig zu machen, wozu die Verantwortung der SU-Diplomatie, die sie an der Niederlage der Araber

hat, den günstigsten Boden schafft.

Der Krakeel zwischen Fedorenko, dem russischen Vertreter, und Goldman, dem amerikanischen, im Sicherheitsrat der UNO wird entsprechend den Forderungen der SU im Plenum der UNO weitergeführt. Während wir diesen Bericht schreiben, finden die zweiten Besprechungen zwischen J. B. Johnson und Kossygin statt. Die SU, Polen, die CSSR und Bulgarien haben die diplomatischen Beziehungen mit Israel abgebrochen.

Die Tatsache, daß die SU Nasser nicht an dem Angriff, der Verkündung des heiligen Kriegs, zur Vertreibung der Israelis und zur Sperrung der Straße von Tiran hinderte, bringt die jetzige Sowjetregierung in eine Lage, wie die Handlung Chruschtschows in Kuba, als er dort Atomraketen aufstellte, die er unter dem Zwang der Amerikaner selbst wieder abholen mußte. Hätte die Sowjetregierung entsprechend ihrer Militärdoktrin für die SU gehandelt, die in einem Artikel vom 30. 3. 67 im „Roter Stern“ veröffentlicht wurde, wäre sie nicht mit der Niederlage der Araber belastet. Es heißt im „Roter Stern“: „Die militärpolitischen Ziele, die ein Staat im Krieg verfolgt, müssen durch seine wirtschaftlichen Möglichkeiten und die Möglichkeit seiner Streitkräfte in vollem Umfang abgesichert sein. ... Die Militärdoktrin beruht dann auf einer realistischen Grundlage, wenn sie in ihrem militärisch-technischen Bereich die Kampfmöglichkeiten der Streitkräfte wirklichkeitsgetreu widerspiegelt, und wenn die Ansichten über die Methoden der Vorbereitung auf den Krieg und seine Führung mit den Kräften und Mitteln übereinstimmen, die dem Staat zur Verfügung stehen. ... Die politischen Ziele des Staates werden im Kriege auf sein militärisches Potential und auf die sich hier vollziehenden Veränderungen abgestimmt.“

Die USA haben die wichtigsten amerikanischen Streitkräfte bereits in Gestalt der 6. Flotte in diesem Raum. Sie besteht normalerweise in 50 Schiffen, auf denen sich 25 000 Mann und 200 Flugzeuge befinden. Es ist eine strategische Kampftruppe, die dem NATO-Kommando-Mittelmeer zugeordnet ist.

Großbritannien hat schwächere Streitkräfte im Mittelmeerraum, insgesamt 21 000 Mann, von denen jedoch viele Garnisons- und Wartungstruppen und keine Kampftruppen in einer integrierten Streitmacht sind. Der Flugzeugträger Victorious befindet sich in Malta.

Rußland hätte beträchtliche geographische Schwierigkeiten, um in einer Krise im Nahen Osten zu intervenieren. Das Ersuchen, mit 10 Schiffen durch die Dardanellen ins Mittelmeer zu dürfen, zeigt, wie die Schwarzmeerflotte eingesetzt werden könnte, aber sie verfügt über nichts, was der unabhängi-

gen Streitmacht der 6. Flotte auch nur annähernd gleichkäme. Gegenwärtig befinden sich im Mittelmeer lediglich ein russischer Kreuzer sowie einige Zerstörer und U-Boote. Rußlands raketenbestückte U-Boote befinden sich zum größten Teil im Eismeer und im fernen Osten. Die russischen Marine-landungstruppen sind klein (nur etwa 3000 Mann). Es gibt jedoch etwa 7 Luftlandedivisionen, die über diese Entfernung zu jeweils zweien in den Nahen Osten transportiert werden können. (Wir entnehmen diese Angaben: „The Economist“ 3. 6. 67)

K. S. Karol berichtet im „Statesman“ vom 16.6.67 unter dem Titel „Besorgte Männer im Kreml“: „Achtzehn besorgte Männer trafen sich geheim am letzten Freitag im Kreml. Alle europäischen kommunistischen Länder, außer Albanien, waren dort. Auch der Präsident Tito. Wenige Stunden nach dem Ausbruch des Krieges denunzierte Tito Israel als Angreifer und Instrument der imperialistischen Politik gegen die arabischen Staaten. Von Kairo hatte Tito eine Nachricht seines Freundes Nasser empfangen, wo er sich über die tragische Situation, in der sich die Araber durch die israelische Überraschungsangriffe auf die arabischen Flugplätze befinden. Nasser beansprucht, daß er diese Attacke vorhergesehen habe, daß er geplant hatte, den Israelis zuvorzukommen. Tito und Zhivkov (Bulgarien) fragten Moskau, warum die Russen Nassers Plan abgelehnt hatten. Die Russen, selbst erstaunt durch die Wendung der Ereignisse hatten keine Antwort: Sie hatten nichts vorhergesehen. Sie hätten Nasser ermutigt, gewisse Schritte zu unternehmen, um Syriens

Regime zu stützen, aber sie hatten nicht erwartet, ihn so unbeugsam im Golf von Akaba zu finden. Sie rechneten mit amerikanischen Versicherungen, die sie durch den heißen Draht bekommen hatten, daß Amerika für Frieden eintreten und die Israelis abhalten würde. Im jetzigen Stadium des diplomatischen Kampfes der beiden Weltmächte, die USA und die SU, um die Sicherung ihres Einflusses auf die Länder des Nahen Ostens, besteht die Gefahr der Ausweitung des Gegensatzes zu neuen kriegerischen Handlungen, die direkt von Amerika und der SU ausgefochten werden müßten. Die ganze kapitalistische Welt unterstützt die imperialistische Politik der USA gegen den Kommunismus.“

Amerika arbeitet nicht nur mit öffentlicher Propaganda, unter Ausnutzung der UNO, der kapitalistischen Presse aller Länder und der verschiedenen kapitalistischen Regierungen besonders auch in der Bundesrepublik. Es sind nur wenig propagandistische Gegenäußerungen der Arbeiterklasse zur Zeit vorhanden. Die Unterstützung der Israelis als die Bedrohten ist sehr wirkungsvoll. In Israel selbst ist der Teil, der für eine Verständigung mit den Arabern und für Hilfe zur Unterstützung der aus dem israelischen Gebiet Vertriebenen eintreten, sehr gering. Nur durch diese Verständigung auf der Basis der Ablehnung der Satellitentätigkeit für die Weltmächte kann der Friede bewahrt werden. Dafür müssen sie die Hilfe der Arbeiter und Werktätigen der kapitalistischen Länder durch Kampf gegen die eigene Satellitenpolitik ihrer Regierungen haben. Daß es hierzu in der Bundesrepublik, in

England und anderen europäischen Ländern mangelt, brauchen wir hier nicht im einzelnen zu schildern. Ohne die Einmischung der Werktätigen in den imperialistischen Politik ihrer herrschenden Klasse ist der dritte Weltkrieg kaum zu vermeiden. Eine Niederlage der USA im Vietnamkrieg in absehbarer Fristen ist unwahrscheinlich. Die Ausweitung des Vietnamkriegs auf China ist wahrscheinlicher. Gemeinsame Brandmarkung der von der USA geführten imperialistischen Politik ist unzureichend. Protest genügt nicht. China und die SU-Regierung übersehen das. Für China ist die USA die einzige gefährliche Bedrohung. Für die SU und das kommunistische Lager handelt es sich nicht nur um die amerikanische imperialistische Führung, sie müssen den Kampf konkret um die konkreten Aufgaben ihres Landes meistern. Sie sind in der Bundesrepublik, in Frankreich, England verschieden. Die Krise im Nahen Osten stellt die Werktätigen vor die obengeschilderten Aufgaben. Amerika führt neben der imperialistischen Weltpolitik die konkreten Aufgaben des Kampfes gegen den Kommunismus mit der C.I.A. In den verschiedenen Ländern: Dominikanische Republik und Lateinamerika, Indochina, Malaysia, Kongo, Korea, Indonesien, Ghana usw.

Die imperialistische Weltpolitik beeinflusst die nationale Politik unserer Zeit in einem Ausmaß wie nie zuvor in der Geschichte. Die Arbeiterklasse, die Werktätigen, müssen durch sachkundigen Kampf gegen ihre Imperialisten diese imperialistischen Kräfte hindern, den dritten Weltkrieg auszutragen.

Labour macht den Vorturner für die SPD!

Die wirtschaftliche und politische Lage in Großbritannien steuert auf eine entscheidende Wende zu. Die Rolle, die die englische Arbeiterpartei in der augenblicklichen Krise spielt — alle sind sich darin einig, daß sich der britische Kapitalismus in einer Krise befindet —, hat für englische Verhältnisse Züge, die sich wesentlich von der Rolle der Labour-Party in früheren Krisen unterscheiden.

Für klassenbewußte Arbeiter in der BRD ist die Entwicklung des englischen Kapitalismus und die Rolle der Labour-Party von großer Bedeutung, da die Rolle der SPD in der BRD in der Verfallsperiode des Kapitalismus eine ähnliche sein wird.

Wie die SPD und die Gewerkschaftsbürokratie in der BRD tritt die Regierung Wilson in England als Repräsentant der Interessen der Arbeiterklasse auf, verfiert jedoch gleichzeitig systematisch einen Plan der Modernisierung und Sicherung des kapitalistischen Systems in Großbritannien auf Kosten der Werktätigen. Daraus entsteht ein wachsender Konflikt zwischen den organisierten Arbeitern und der „Arbeiterregierung“ Wilsons. Die weitere Zuspitzung dieses Widerspruchs kann den Weg für eine sozialistische Zielsetzung in England freimachen.

Die herrschende Klasse Englands war einstmals Pionier und Nutznießer der ersten industriellen Revolution, die

durch Dampfmaschine und Elektrizität eingeleitet wurde. Dafür muß sie heute jedoch einen hohen Preis bezahlen, denn die heutigen widerspruchsvollen Erscheinungen leiten sich aus diesem historischen Vorsprung ab. Schon vor dem 1. Weltkrieg war es klar, daß der englische Kapitalismus in der industriellen Produktivität verloren hatte. Daß der englische Kapitalismus seine Großmachtstellung nach 30 Jahre halten konnte, war den riesigen Investitionen im Ausland zu verdanken. Sie sicherten ihm Profite, die es erlaubten, mit einer ständig sinkenden Handelsbilanz zu leben, ohne daß jedoch die Stabilität des Pfundes bedroht war. Der 2. Weltkrieg hat diese Guthaben im Ausland völlig erschöpft. Die unsichtbaren

Exporte erwiesen sich immer weniger als Grundlage zur Aufrechterhaltung einer positiven Handelsbilanz. Der relative Rückzug der englischen Industrie und industriellen Produktivität entwickelte sich mit wachsender Schnelligkeit. Er überholte die Wachstumsrate und Modernisierung Großbritanniens – im Vergleich mit seinen größten Konkurrenten BRD und Japan besonders zwischen 1950 und 1960. Beide Länder mußten nach dem 2. Weltkrieg eine neue industrielle Grundlage schaffen, der gegenüber die britische hoffnungslos veraltet war. Weder die BRD noch Japan hatten eine auch nur annähernd so große militärische und maritime Last zu tragen wie Großbritannien. Das zog seinerseits die chronische Verschlechterung der Zahlungsbilanz und die wiederholten Versuche der Regierung nach sich, diese Krise durch Einschränkungen aufzuhalten, die aber nur den Graben der Wachstumsrate der Produktivität und Produktion zwischen Großbritannien und seinen Hauptkonkurrenten vergrößerte.

In den Forderungen und Vorstellungen der englischen Bourgeoisie, die vor allem Rationalisierung der englischen Wirtschaft forderte, befand sich selbstredend auch die schonungslose Ablehnung von Lohnerhöhungen, um die Profitrate und Kapitalakkumulation zu steigern. Ein umfangreicher Abbau der zurückgebliebenen industriellen Branchen und der stagnierenden gegenüber den Expansionsbranchen, vor allem denjenigen, die mit Export verknüpft waren, war notwendig. Jeder direkte Angriff der Kapitalisten mit Hilfe der Tory-Regierung hätte einen allgemeinen Widerstand der englischen Arbeiter hervorgerufen und drohende Kämpfe bedeutet, in deren Gefolge eine

politische und soziale Krise des englischen Kapitalismus gestanden hätte. Mit einem politischen Instinkt ohnegleichen rechnete die herrschende Klasse sich aus, daß eine Labour-Regierung das Unternehmerprogramm viel besser durchführen könne als eine konservative Regierung, daß die Durchführung ihres Programmes durch eine Arbeiterregierung die Reihen der organisierten Arbeiter spalten, zersetzen und demoralisieren würde. Auf dieser Basis konnte die herrschende Klasse ihre Aufgaben durchführen. Ihre Rechnung war richtig.

Und wie sieht es in der BRD in diesem Punkt aus?

„Es wäre falsch, wenn man behaupten wollte, daß die sicher nicht im SPD-Lager stehende Unternehmerschaft wegen der schwarz-roten Koalition schmelzend abseits stünde. Die neue Bundesregierung genießt in Unternehmerkreisen viel Vertrauen. Die Einstellung erinnert an die Haltung der britischen Industrie, die nach anfänglicher Skepsis der Labour-Regierung gute Zensuren gab, weil Wilson im Anschluß an die Jahre konservativer Unstetigkeit wieder das Gefühl, Mut zur Tat zu haben, vermittelte. Ähnlich sieht es auch bei uns aus.“ (Herit in der „Welt“)

Unter den Arbeitern Englands hat dieses Verhalten Entrüstung und Opposition hervorgerufen, unter den großen Massen der Partei Konfusion und Unzufriedenheit. Den großen Massen scheint es immer noch undenkbar, daß ihre Partei, die sie seit Generationen unter großen Opfern aufgebaut haben, für die sie hart gekämpft haben, um ihre Interessen im Rahmen der kapitalistischen Ordnung zu verteidigen, jetzt zu einem Instrument der Verteidigung

der Kapitalisteninteressen gegen die Arbeiterklasse werden könnte.

Es besteht eine große Gefahr darin, daß die Vorhut der Arbeiterklasse der wachsenden Opposition ungeduldig vorseilt, den Transformierungsprozeß nicht klar genug einschätzt, sich von der langsamer entwickelnden Masse isoliert und schließlich so die Unternehmerherrschaft gefestigt wird.

25 Jahre lang kannten die englischen Arbeiter nur die Vollbeschäftigung. Sie haben ein großes Vertrauen zu ihrer eigenen organisierten Kraft. Seit 30 Jahren haben sie keinen offenen Kampf verloren. Das erklärt die Wut und die Heftigkeit, mit der die Arbeiter auf die Politik Wilsons reagieren. Bei vernünftiger Einschätzung der Kräfteverhältnisse und der Kampfbedingungen wird eine neue Aktivität der Arbeiter in der Labour-Party und in den Gewerkschaften allen bürokratischen Widerständen zum Trotz entstehen und den Weg für einen Durchbruch des Sozialismus eröffnen.

Die erste Quittung für ihre Politik hat die Labour-Party bei den Kommunalwahlen in London erhalten. Die Konservativen haben die rote Innenstadt von London überrannt. Die Labour-Wähler blieben scharenweise der Wahl fern. In einzelnen Wahlkreisen betrug die Wahlbeteiligung unter 20 Prozent. Die Konservativen errangen 82 Prozent der Mandate. Früher hatten sie 36 von 100 Mandaten. Die Wähler sind nicht gegen Labour, weil die Partei zu sozialistisch, sondern weil sie zu konservativ ist. Diese Entwicklung wird ihre weiteren Konsequenzen auf Labour und die Gewerkschaften haben müssen. Denn auch die Konservativen werden den enttäuschten Wählern nichts anderes bieten können als Wilson.

Die Gewerkschaften in der Sackgasse

Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik sind in eine Sackgasse geraten. Nach einem mehr als 15 Jahre dauernden Wirtschaftsaufschwung des Kapitalismus stehen sie vor einer neuen Situation: Vor der beginnenden Krise des Kapitalismus. In der Periode des „Wirtschaftswunders“, da die Arbeitskraft Mangelware war, war es den Gewerkschaften möglich, die Lohn- und Arbeitsbedingungen schrittweise friedlich-schiedlich zu verbessern. Jetzt, in der Periode des wirtschaftlichen Verfalls steht die Aufgabe vor ihnen, das Errungene gegen die Angriffe des Monopolkapitals zu sichern.

Voller Stolz haben alle Gewerkschaftsführer von Rosenberg bis Bren-

ner in den Jahren der Hochkonjunktur darauf hingewiesen:

„Es gibt kein Industrieland in der freien Welt, in dem von Arbeitnehmern mehr geleistet, weniger gestreikt und mehr Verantwortung bewiesen wurde, als hier . . .“ (in der BR. Die Red.) Ludwig Rosenberg

Da die Gewerkschaften mehr und mehr aufhörten, Organe des kollektiven Widerstandes der Arbeiter gegen das Kapital zu sein, mußte die Gewerkschaft Krankengeld, Sterbegeld, Altersrente, Urlaubsorganisationen, Autofahrvereine etc. zur Hauptaufgabe ihrer Tätigkeit machen. Viele dieser Dinge gab es bereits in den alten Kampforganisationen, aber nachdem

die Gewerkschaften keine Kampforganisationen mehr waren, machten sie diese Dinge zum fast ausschließlichen Inhalt der Organisation, neben den alljährlich stattfindenden Tarifverhandlungen. Die Gewerkschaftsbürokratie selbst hat die Entfremdung der Werktätigen von den Gewerkschaften gefühlt, denn immer wieder hat sie mit mehr oder weniger Erfolg versucht, die Organisation von dem Bewußtsein und dem Willen der Werktätigen unabhängig zu machen. Zwar hat sie in vielen Großbetrieben die Beitragskassierung durch die Lohnbüros erreicht (wo dem Arbeiter der Beitrag wie die Lohn-, Kirchensteuer und Krankenkassenbeiträge abgezogen werden), aber trotz aller Versuche ist es ihnen nicht

gelingen, die Gültigkeit der abgeschlossenen Tarifverträge nur für die Organisierten durchzusetzen. Vergeblich haben sich die Gewerkschaften bemüht, der Fluktuation ihrer Mitglieder Herr zu werden, die Bemühungen der Gewerkschaftsführer hatten stets rein administrativen, bürokratischen Charakter.

Die Gewerkschaften als Organisationsform sind nicht von irgendwelchen Arbeiterführern erfunden, sondern von den Arbeitern gefunden worden. In seinem Vortrag „Lohn, Preis und Profit“ sagte Marx: „Gewerkschaften sind wirksam als Zentren des Widerstandes gegen Übergriffe des Kapitals ... Sie dürfen aber nicht vergessen, daß sie (im rein gewerkschaftlichen Kampf) mit Wirkungen und nicht mit den Ursachen dieser Wirkungen kämpfen, daß sie die Abwärtsbewegungen aufhalten, aber deren Richtung nicht verändern, daß sie Palliativmittel anwenden, aber die Krankheit nicht heilen. Sie sollten deshalb nicht ausschließlich in diesen unvermeidlichen Guerillakämpfen aufgehen, wie sie die nie aufhörenden Übergriffe des Kapitals und die Änderungen der Marktlage beständig hervorrufen. Sie müssen begreifen, daß das gegenwärtige System, neben all dem Elend, das es ihnen auferlegt, zur selben Zeit die für einen ökonomischen Wiederaufbau der Gesellschaft notwendigen materiellen Bedingungen und sozialen Formen erzeugt. An Stelle des konservativen Mottos: 'Ein gerechter Tageslohn für einen gerechten Arbeitstag', sollten sie das revolutionäre Schlagwort auf ihre Fahne schreiben: 'Ab-schaffung des Lohnsystems'." Für Marx bestand die Perspektive der Gewerkschaftsbewegung darin, daß sie „als Schulen des Sozialismus“ sich bewährten. Ihre entscheidende Bedeutung sah er nicht in den vorübergehenden materiellen Erfolgen oder Mißerfolgen, Siegen oder Niederlagen, sondern wie er sagte: „Ihr habt 15, 20, 50 Jahre Bürgerkriegs- und Volkskämpfe durchzumachen, nicht nur um die Verhältnisse zu ändern, sondern um euch selbst zu ändern und zur politischen Herrschaft zu befähigen ...“

Vergleichen wir damit die Rolle der Gewerkschaftsführung nach 1945. Einer ihrer führenden Köpfe, Spliedt, der schon in den Gewerkschaften vor 1933 führend tätig war, berichtet über die Gedanken, die in den Köpfen der bankrotten Gewerkschaftsführer von 1933 während des zweiten Weltkrieges herumspukten:

„Eines war klar, die Gewerkschaften würden bei der Liquidierung des Krieges und der Befriedung eine entscheidende Rolle spielen, wie auch bei der Wiederherstellung des Reiches und der deutschen Wirtschaft. Dieses setzte voraus, daß sofort, ohne zeitraubende organisato-

rische Vorarbeiten eine festgefügte schlagkräftige Gewerkschaftsbewegung in die Geschehnisse eingreifen konnte ... Eine völlige Neuorganisation würde zeitraubend sein. Aber der organisatorische Apparat der „Deutschen Arbeitsfront“ reichte bis ins letzte Dorf ... Was lag näher, als mindestens für die erste Zeit, bis eine Verständigung über das ganze Reich möglich war, dieses Gebilde als Organisationsgrundlage zu erhalten. So einigte man im kleinen Kreis sich dahin, beim Umbruch diese Organisation zunächst zu erhalten ...“

Derselbe Spliedt schildert dann weiter, wie anders die Arbeiter über diese Probleme dachten:

„Endlich frei von diesem furchtbaren Alpdruck, wollten nun die Arbeiter den Kampf gegen Nazis und Nazismus und für wirkliche Demokratie mit aller Gründlichkeit und ohne Zeitverlust führen ... Es ist nur begreiflich, daß manche Maßnahmen der ersten Tage übers Ziel hinaus-schossen und zu Schwierigkeiten mit der Besatzungsmacht führten.“

Gegen den Willen der alten Reformisten wurden z. B. in Hamburg die „Sozialistischen Freien Gewerkschaften“ gegründet.

„Der Vorstand der SFG verlangte, daß die Gewerkschaft ständige Vertreter in den Verwaltungsausschuß der Hamburger Stadtverwaltung entsenden könne, verlangt wurde weiter die sofortige Übernahme des Arbeitsamtes, die Leitung der Bauverwaltung, Schulverwaltung und Sozialfürsorge. Es waren gerade diese weitreichenden politischen Forderungen, die zu den ersten Konflikten mit der Militärregierung führten. Sie drohten mit scharfen Maßnahmen ... Dwyer wünschte daher eine Hinzuziehung von Personen, die aus der ehemaligen Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen waren ...“

Schließlich erreichten diese alten Gewerkschaftsführer, daß die SFG aufgelöst wurde, weil, wie sie es in einem Brief an die Militärregierung erklärten:

„Politische Betätigung und politische Zielsetzung in den Gewerkschaften stehen nicht im Einklang mit den Anordnungen der Militärregierung ... Die SFG wird daher mit sofortiger Wirkung aufgelöst ...“

Für diese Mithilfe an der Einschränkung der eigenen Initiative der Arbeiter erwarteten sie auch noch den Dank der Hamburger Arbeiter:

„Dafür, daß diese Männer über allen Hader hinweg und trotz auseinandergehender Auffassung den Weg zur gemeinsamen Lösung fanden, ist ihnen die Hamburger Arbeiterschaft Dank schuldig.“ (Spliedt)

Der Verfall, der sich so schon in der Entstehung der Gewerkschaften nach dem Krieg ankündigte, wurde von den Mitgliedern der Gewerkschaften in der Hochkonjunktur geduldet, da er ihnen keine unmittelbaren Nachteile brachte. Die Zeiten der Hochkonjunktur sind vorbei und mit Gewißheit kann vorausgesagt werden, daß diese Gewerkschaften, bei den auf sie zukommenden Aufgaben, versagen werden, wenn die Arbeiter keine Wandlung schaffen.

Es ist nicht nur Stillosigkeit sondern Illusion, wenn „Die Quelle“ des DGB im April 1967 schreibt:

„Der Ausgleich für die Arbeitnehmer, der erfolgen muß, sobald wir die vertrakte ‚Talsohle‘ durchschritten haben, von der Professor Schiller so gern redet, der wird nicht durch die Regeln dieser Marktwirtschaft hergestellt.“

Hier wird den Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern gesagt: Laßt alles über euch ergehen, bis die „Talsohle“ durchschritten ist, dann werdet ihr den Ausgleich für die Opfer, die euch jetzt abverlangt werden, bekommen.

Ist das etwas anderes als der gute Stil des DGB: Wir müssen die Lohnsenkungen hinnehmen, bis es wieder besser wird. Was kann der Arbeiter noch empfinden für eine Organisation, die ihn nur mit leeren Versprechungen auf die Zukunft rät, stillzuhalten, während ihm das Hemd ausgezogen wird. Das kann nicht nur, das wird zu einem Mitgliederschwund des DGB führen!

Wir sehen u. a. die Widerstände der Arbeiter bei Hanomag als ein Vorzeichen dafür an, daß die Arbeiter bereit sind, sich wieder auf ihre eigene Kraft zu besinnen. Das wird ein opfervoller und widerspruchsvoller Prozeß sein, aber er ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Abwehr des Angriffs des Kapitals auf die Arbeiterklasse. „Die Quelle“ des DGB mag glauben, daß moralische Aufrüstung die Widersprüche lösen kann: „Gelingt es, die auf vorsichtigen Pessimismus eingestellte Haltung der Unternehmer zu beeinflussen — die auf neun Monate befristeten Sonderabschreibungen sollten auch hier ihren Einfluß tun, so sind davon wieder weitere Wachstumsimpulse zu erwarten ...“ Die Gewerkschaftsbürokraten sind so mit diesem Staat verwachsen, daß nach ihrer Ansicht eine Lösung der Schwierigkeiten nur durch eine Wiederbelebung der kapitalistischen Wirtschaft möglich ist. Und daran arbeiten sie mit. Für die Arbeiterklasse gibt es nur eine grundlegende Lösung: Abschaffung des Lohnsystems, also Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt.

Die eigene Initiative der arbeitenden Massen ist die Voraussetzung dafür, daß die Gewerkschaften wieder zu lebensfähigen Kampforganisationen umgewandelt werden. Die Arbeiter wer-

den dort, ob die Bürokratie es will oder nicht, wieder anknüpfen müssen, wo ihre Initiative nach 1945 von den Besatzungsmächten und der alten Bürokratie erstickt wurden.

Der augenblickliche Zustand der Gewerkschaften wird weder durch bessere Gewerkschaftsführer noch durch irgendwelche Aktionsprogramme geändert werden. Er wird nur durch die objektiven Verhältnisse, d. h. die Widersprüche im kapitalistischen System aufgehoben. Dieser Prozeß vollzieht sich vor unseren Augen*, ihn richtig einzuschät-

zen und der Bewegung, die aus den objektiven Widersprüchen entsteht, jede nur mögliche praktische und theoretische Hilfe zu geben, ist die Aufgabe von Sozialisten. Denn jeder Schritt wirklicher Bewegung ist mehr wert als irrealer Aktionsprogramme. Leute, die glauben, etwa die Streikbewegung der Hanomag-Arbeiter deshalb kritisieren zu müssen, weil sie mit einem Kompromiß endete, verstehen die Arbeiterbewegung nicht. Der Inhalt dieses Kompromisses entspricht den Kräfteverhältnissen. Diese Kräfte falsch einzuschät-

zen oder durch radikale Reden ersetzen zu wollen, ist ultralinke Dummheit. Der Kampf der Hanomag-Arbeiter ist vor allem ein erster Schritt zur Wiedergeburt der eigenen Kraft der Arbeiterklasse, unabhängig davon, ob sein materieller Inhalt sich noch im Rahmen der kapitalistischen Ordnung hält oder nicht.

* Aus der Aktionärstagung der Continental-Werke. „Wir tun alles für das Unternehmen und die Aktionäre“, ergänzte Vorstandsmitglied Hans Stark, „aber wir wollen nicht unsere Belegschaft auf der Straße stehen haben, wie weiland bei Hanomag.“

Noch einmal: Zur Formierung der Linken Über Sektiererei und anderes

In dem Beitrag „Zur Formierung der Linken“ (Arpo Nr. 2 vom 29. 5. 1967) wurde die kritische Haltung unserer Gruppe zur „linken“ Geschäftigkeit der Genossen um den Sozialistischen Bund (SB) formuliert. Wir wollen das Thema hier noch einmal aufgreifen, vor allem auch deshalb, weil der Aufsatz in Hinsicht auf die **nächsten konkreten Aufgaben** der politisch bewußten, aber realistischen Kader in der Arbeiterbewegung einer Ergänzung bedarf.

Bevor wir auf die **organisatorischen** Vorstellungen der linken Blechtrommler näher eingehen, müssen wir uns noch einmal mit ihrem politischen Konzept oder – wenn man will – ihrer politischen Konzeptlosigkeit befassen. Der SB fühlt sich berufen, die „Sammlung und Organisation der sozialistischen Opposition anzuregen und zu unterstützen“. Auf welcher politischen Grundlage soll das geschehen? Oder anders: Was versteht der SB unter einer „sozialistischen Opposition“? Er versteht darunter die Sammlung der Linken aller Schattierungen (etwa von Augsteins bürgerlich-demokratischem „Radikalismus“ bis hin zu den Trätzkisten) unter Losungen, die teils grob illusionär, reformistisch und falsch sind, teils durchaus zu unterstützen wären, wenn sie in einem angemessenen Verhältnis zu den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen stünden; wenn auch nur die geringste Aussicht bestünde, breitere Schichten der Arbeiterklasse hierfür mobilisieren zu können. Sie treffen eine Reihe richtiger Feststellungen, die gleich darauf durch falsche Schlußfolgerungen wieder entwertet werden. Der Genosse Abendroth stellt z. B. richtig fest, daß „in einer solchen Lage (der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise in der BRD. Die Red.) sich die Interessensgegensätze innerhalb der spätkapitalistischen Wirtschaftsführung nicht mehr, wie in der bisherigen Periode, leicht

vermitteln (lassen). **Es wird unmöglich, ohne Prolitgefährdung Konzessionen an die Arbeitnehmer aufrecht zu erhalten**“. Diese Einsicht hindert ihn aber nicht, einige Zeilen weiter zu fordern: „Diese sozialistische Opposition muß eintreten für einen Etatausgleich durch radikale Senkung der Rüstungslasten statt durch Erhöhung der Massensteuern, für **Erhaltung und Erhöhung des Lebensstandards** statt dem Abbau der Sozialleistungen.“

Die Erhöhung des Lebensstandards, das heißt die Erhöhung des Reallohns, in der gegenwärtigen Phase zu propagieren, heißt einer Politik der Illusionen das Wort zu reden. Die Gewerkschaften sehen sich heute nicht nur in die **strategische** (aus der sie in der Periode des Spätkapitalismus überhaupt nicht heraustreten), sondern jetzt auch in die **taktische** Defensive gegenüber dem offenen Angriff des Kapitals gedrängt. Wenn Worte einen Sinn haben, dann muß ernsthaft bezweifelt werden, ob sich die Genossen vom SB Gedanken über die konkrete Anwendbarkeit ihrer Losungen gemacht haben. Man stelle sich nur vor, ein aktiver Gewerkschafter trete in der gegenwärtigen Situation unter dieser Losung auf – in der Organisation würde er lächerlich und bei den Arbeitern unglaubhaft werden.

Doch die „sozialistische Opposition“ läßt sich durch solche kleinlichen Skrupel in ihrem Elan nicht beirren. Weiter geht's – wenn auch nur im Katalog der Losungen, die nichts als die Luft erschüttern: „Für die Sicherung der demokratischen Grundrechte!“ Solange es eine herrschende kapitalistische Klasse geben wird, solange werden die demokratischen Grundrechte eben nicht „gesichert“, solange werden sie bedroht sein. Allein eine starke, politisch kämpfende Arbeiterklasse wird diese demokratischen Grundrechte im Rah-

men des herrschenden Systems immer wieder verteidigen müssen.

Aber wem sagen wir das? Der Genosse Abendroth und die führenden Initiatoren des SB wissen das alles selber recht gut. Wozu dann diese Ungenauigkeiten, die Unrichtigkeiten und wozu die illusionäre Zielsetzung? Wozu z. B. die kleinstbürgerliche Losung: „Gegen das Monopol der Springer-Presse!“? Der Springer-Konzern ist in der Branche der Zeitungsverlage ein Konzern wie jeder andere kapitalistische Konzern, entstanden unter den Gesetzen kapitalistischer Akkumulation und Konzentration. Auch einschränkende Gesetze, wie sie z. B. in England bestehen, können Konzentrationsbewegungen auf dem kapitalistischen Presse-sektor nicht aufhalten, höchstens können sie die Verlage zu juristischen Kaschierungen zwingen.

Soweit man aber die reaktionäre Tendenz der Springer-Blätter treffen will, muß man sich klar machen, daß diese nicht etwa die **Ursache**, sondern das **Spiegelbild** der zunehmenden reaktionären Bewußtseinsbildung in der Großbourgeoisie selbst verkörpern. Mögen es gegenwärtig erst kleine Teile des Großkapitals sein, deren lockere demokratische Moral (man denke an die Haltung zum coup d'etat in Griechenland etc.), deren Initiative zur Ausschöpfung der bürgerlich-demokratischen Staatsform in der BRD als Konsequenz ihrer ökonomischen Interessen von der Springerpresse verstanden und reflektiert wird, so spiegelt der Umfang des Einflusses Springers auf dem Sektor der Presse **gleichzeitig** den faktischen Einfluß jener Gruppe der Großbourgeoisie auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung Westdeutschlands wider. Die Springerpresse schlagen, bedeutet daher, das Barometer zu schlagen, das den Sturm meldet. Es wäre besser, man überließe den aussichts-

